Stadt Leverkusen

Antrag Nr. 2022/1302

Der Oberbürgermeister

I/01-011-20-06-he
Dezernat/Fachbereich/AZ

01.02.2022
Datum

Beratungsfolge	**Datum**	**Zuständigkeit**	**Behandlung**
Rat der Stadt Leverkusen	14.02.2022	Entscheidung	öffentlich

Betreff:

Versorgungssicherheit und Blackout-Prävention
- Antrag der AfD-Fraktion vom 31.01.2022

Anlage/n:

1302 - Antrag

AfD-Fraktion

im Rat der
Stadt Leverkusen

Postfach 220186
51322 Leverkusen
info@afdfraktion-lev.de

Herrn
Oberbürgermeister
Uwe Richrath
Friedrich-Ebert-Platz 1
51373 Leverkusen

Leverkusen, den 31.01.2022

Antrag: Versorgungssicherheit und Blackout-Prävention

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

bitte setzen Sie folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Ratssitzung am 14.02.2022:

Beschluss:

1. Die Stadt Leverkusen stellt mit Blick auf die Energieversorgung Leverkusen (EVL) fest, dass die flächendeckende Sicherstellung von Versorgungssicherheit und eine unausgewogene, rein ideologiegetriebene Schwerpunktsetzung auf volatilen „Ökostrom“ zur Erreichung abstrakter globaler „Klimaziele“ einander explizit ausschließen. Als regionales Versorgungsunternehmen hat es weiterhin auf einen beständigen Mix aus konventionellen und erneuerbaren Energien zu setzen, um Bezahlbarkeit und Versorgungssicherheit für Energiekunden in Leverkusen zu gewährleisten.

2. Die Stadt Leverkusen erarbeitet eine Bürger-Aufklärungskampagne zu den Risiken eines Blackouts und stellt diese zum nächstmöglichen Zeitpunkt zur Abstimmung. Die Kampagne umfasst u.a. konkrete Anweisungen für persönliche, familiäre und nachbarschaftliche Vorsorge und Selbsthilfe.

3. Die Stadt Leverkusen appelliert den Bund und das Land NRW, beim geplanten Ausbau energieintensiver Infrastruktur für Wasserstoff- und Elektromobilität die potenzielle Gefahr eines flächendeckenden Blackouts zu berücksichtigen und ggf. präventive Maßnahmen zur Blackout-Vermeidung und zum Katastrophenschutz im Falle eines längeren Stromausfalles in die Wege zu leiten.

Begründung:

Steigende Energiepreise sind – neben der Preisexplosion auf dem Wohnungsmarkt - bundesweit und auch in Leverkusen eine zusätzliche große Herausforderung für viele Menschen - gerade auch im mittleren und unteren Einkommenssegment. Bezahlbare Strom- und Gaspreise werden zunehmend zu einer neuen sozialen Frage.

Ungeachtet dessen sind Parteien wie die GRÜNEN und lokale Klimagruppen der Auffassung, dass der Ökostrom-Anteil immer noch zu gering sei. In einem sogenannten „Rheinland-Appell“ fordern diese von allen Energieversorgungsunternehmen, an denen die Rheinenergie AG beteiligt ist ein Bekenntnis zum sogenannten 1,5 Grad-Klimaschutzziel bis spätestens 2035.

Wir erleben zurzeit eine Phase der Rekordinflation. Aufgrund rasant steigender Energiepreise melden zurzeit mehrere Stromanbieter Insolvenz an, zuletzt die Neckermann Strom AG. Eine Studie des Vergleichsportals Verivox rechnet für 2022 bei Gaspreisen mit Teuerungen um mehr als 20%. Strom werde um rund 7% teurer.

Gleichzeitig wird der Stromverbrauch in Deutschland einer Studie des Bundeswirtschaftsministeriums zufolge bis 2030 erheblich zunehmen. Haupttreiber für den Anstieg des Stromverbrauchs seien laut Analyse der steigende Anteil der Elektromobilität und von elektrischen Wärmepumpen in Gebäuden, sowie die Erzeugung von Elektrolyse-Wasserstoff und die Produktion von Batterien.

Die unregelmäßige Einspeisung aus volatile erneuerbaren Energien stellt mittlerweile ein erhebliches Systemrisiko dar. Die Übertragungsnetzbetreiber sind durch den starken Zubau von Anlagen zur Stromerzeugung aus sogenannten erneuerbaren Energien zunehmend zu Eingriffen in das Stromnetz gezwungen, um die Systemstabilität aufrechtzuerhalten. Spätestens Ende 2022 sollen alle Kernkraftwerke in Deutschland abgeschaltet werden. Die Bundesregierung will den Termin für den deutschen Kohleausstieg von 2038 auf 2030 vorziehen.

Vor dem Hintergrund des deutschen Sonderweges, sowohl aus Kernkraft als auch aus Kohle gleichzeitig auszusteigen, stellt sich die ernstzunehmende Frage nach der Wahrscheinlichkeit einer realen Blackout-Gefahr. Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz stuft die Wahrscheinlichkeit, dass in Deutschland eine durch einen Stromausfall verursachte Katastrophe eintritt, höher als jede andere Gefahr ein.

Hinzu kommen Engpässe beim Erdgas sowie eine teils marode Netzinfrastruktur. Außerdem wird im Rheinisch-Bergischen Kreis die energieintensive Wasserstoffmobilität massiv ausgebaut, was in diesem Kontext einen zusätzlichen regionalen Risikofaktor darstellt.

Mit freundlichen Grüßen

Yannick Noe
Fraktionsvorsitzender